



## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates**

**am 16.04.2025  
im Sitzungssaal des Rathauses**

### **I. Tagesordnung**

1. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 13.03.2025
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 13.03.2025
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 17.03.2025
4. Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025
5. Mittelfristige Finanzplanung und Stellenplan zum Haushalt des Jahres 2025
6. Sondergebiet Photovoltaikanlage "Röckenhofen I" - Aufstellungsbeschluss
7. Bauantrag auf Umbau der Photovoltaikanlage in Österberg
8. Errichtung eines Großbatteriespeichers auf dem Grundstück Flur-Nr. 821 in Großhöbing - Aufstellungsbeschluss
9. Errichtung eines Großbatteriespeichers auf dem Grundstück Flur-Nr. 783 in Großhöbing - Aufstellungsbeschluss
10. Bauantrag auf Wohnhausumbau mit Umbau zum Zweifamilienwohnhaus in Greding
11. Stefan Christoph - Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Kaising
12. Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge
13. Beschluss über die Teilnahme der Stadt Greding an der Kooperationsgemeinschaft zu einer koordinierten Energiewende im Landkreis Roth
14. Vereinbarung zur Kostenbeteiligung der Stadt Greding am Grundbeitrag des Verbandes für Ländliche Entwicklung (VLE)
15. Zustimmung zur Errichtungsvereinbarung für die Gründung der Bürgerstiftung sowie Beschluss über die Zusammenstellung des Stiftungsrates
16. ÖPNV in Greding - Einführung On-Demand-Verkehr (ODV) und Einsparungen bei der nächsten Fahrplanänderung
17. Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen

- Gemeindeverfassungsrechts
18. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung für die Entwässerungsanlage im Gemeindegebiet Greding
  19. Antrag der SPD-Fraktion zur Live-Übertragung von öffentlichen Gemeinderatssitzungen
  20. Antrag der Freie-Wähler-Fraktion: Überprüfung der Durchführung eines "Tages der offenen Türme"
  21. Mitteilungen und Anfragen

## II. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die 21 Mitglieder des Stadtrates wurden ordnungsgemäß geladen.

Mitglieder des Stadtrates	Anwe- send	Abwe- send	Bemerkung zur Anwesenheit
Erster Bürgermeister Josef Dintner	X		
Zweiter Bürgermeister Oswald Brigl	X		
Dritter Bürgermeister Hermann Kratzer	X		
Thomas Herrler	X		
Theodor Hiemer	X		
Elisabeth Holzmann	X		
Jürgen Joos	X		
Dr. Jürgen Metzner	X		
Franz Miehling	X		
Michael Nagel	X		
Heike Nuber	X		
Marina Regensburger	X		
Johann Schmauser	X		
Thomas Schmidt	X		ab 19.47 Uhr
Markus Schneider		X	Entschuldigt
Michael Schneider	X		
Susanne Schneider	X		
Gert Sorgatz	X		
Barbara Thäder	X		
Thomas Weißfeld	X		
Manuel Wurm		X	Entschuldigt

Erster Bürgermeister Dintner als Vorsitzender stellt fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und 19 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

Ortssprecher	Anwe- send	Abwe- send	Abwesenheitsgrund
Franz Brigl	X		
Konrad Schlupf	X		
Johann Wolfsteiner	X		

Verwaltung	Funktion
Michael Pfeiffer	Schriftführer
Jacqueline Braun	
Andreas Gehr	

Anzahl der anwesenden Bürgerinnen und Bürger: 9

### III. Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung gemäß § 22 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat bekannt gemacht.

### IV. Verlauf der Sitzung, Besonderheiten

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist öffentlich.

Eröffnung der Sitzung	Beendigung der Sitzung
19:30 Uhr	22:08 Uhr

### V. Behandlung der Tagesordnungspunkte

<b>TOP 1.</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 13.03.2025</b>
---------------	---

#### Sachverhalt:

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

#### Beschluss:

**Abstimmungsergebnis: 18:0**

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.03.2025.

<b>TOP 2.</b>	<b>Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 13.03.2025</b>
---------------	--

#### Sachverhalt:

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung vom 13.03.2025 gefassten Beschlüsse, bei denen die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind, der Öffentlichkeit bekannt:

#### **TOP 1: Erschließung des Wohnbaugebietes "Bei den Angergärten" BA 3 inkl. Abfanggraben und Ableitung des Außeneinzugsgebietes im OT Obermässing - Vergabe der Ingenieurleistungen für die Leistungsphasen 1 - 4**

Der Stadtrat beauftragt das Ingenieurbüro Klos GmbH & Co. KG, Spalt mit den Leistungsphasen 1 bis 4 für die Erschließung des Wohnbaugebietes „Bei den Angergärten“, BA 3 inkl. Abfanggraben und der Ableitung des Außeneinzugsgebietes im Ortsteil Obermässing auf Grundlage des vorliegenden Angebotes in Höhe von 36.809,70 Euro (brutto).

#### **TOP 2: Ausbau der GV-Straße RH 28-Viehhausen-Stierbaum - Vergabe der Arbeiten für die Bauleistungen**

Der Stadtrat beauftragt die wenigstnehmende Firma Fiegl GmbH & Co. KG, Pleinfeld mit den Arbeiten für die Straßenbau und der ÖPNV-Haltestelle zu den Anteilen der Stadt Greding und der Stadt Berching in Höhe von 2.225.435,59 Euro (brutto) und mit den Arbeiten für die

Dorferneuerung im Ortsteil Viehhausen in Höhe von 65.130,02 Euro (brutto) auf Grundlage des vorliegenden Angebotes vom 27.02.2025.

<b>TOP 3.</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 17.03.2025</b>
---------------	--

**Sachverhalt:**

Nach den Regeln der Geschäftsordnung (§ 26 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 33 Abs. 4) ist die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung zu genehmigen.

**Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Sorgatz bat bei TOP 7 um Ergänzung, dass er eine Überprüfung der Parkplätze für Busse gefordert habe, da insbesondere die Zufahrt nach seiner Meinung zu schmal sei.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 18:0**

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 17.03.2025.

<b>TOP 4.</b>	<b>Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025</b>
---------------	--

**Sachverhalt:**

Für das Haushaltsjahr 2025 sind eine Haushaltssatzung und ein Haushaltsplan zu erlassen. Der Haushalt für das Jahr 2025 wurde im Haupt- und Finanzausschuss bereits vorberaten.

Die Entwürfe der Haushaltssatzung, des Haushaltsplans, Finanzplans, Vorberichts und Investitionsprogramms liegen dem Stadtrat vor. Der Stellenplan wird nachgereicht.

**Diskussionsverlauf:**

Kämmerer Andreas Gehr stellte die Zahlen zum Haushalt anhand der beigefügten Präsentation vor.

Bürgermeister Dintner:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Entwurf des Haushaltsplanes 2025 liegt Ihnen zusammen mit dem Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2026, 2027 und 2028 und dem Stellenplan vor.

Mit der Planung des Verwaltungshaushaltes wurde bereits im Herbst des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der Diskussion um die Beibehaltung oder die Senkung des Grundsteuerhebesatzes begonnen, um dem Stadtratsgremium eine möglichst fundierte Grundlage für diese Entscheidung an die Hand zu geben, insbesondere mit Blick auf die Mindestzuführung und somit die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts.

Dabei wurden sämtliche Verwaltungsabteilungen in die Haushaltsplanung einbezogen und in vielen Einzelgesprächen die Notwendigkeit der gemeldeten Ausgabeansätze hinterfragt.

Bei der Planung des Vermögenshaushaltes kam in diesem Jahr bei der Stadt Greding erstmalig das sog. Ampelsystem zur Anwendung, um die Mitglieder des Haupt- und

Finanzausschusses bei der Diskussion über unbedingt notwendige bzw. wünschenswerte Investitionen zu unterstützen.

Bereits in der verwaltungsinternen Haushaltsberatung wurden die für 2025 gemeldeten Ausgaben im Vermögenshaushalt deutlich reduziert, um die erforderliche Kreditaufnahme von ursprünglich 5,8 Mio. EUR auf 5,2 Mio. EUR zu senken. Als Ergebnis der intensiven Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss wurden darüber hinaus einvernehmlich weitere Investitionen auf die Folgejahre aufgeteilt, mit dem Ergebnis, dass die Kreditaufnahme um weitere 500.000 € reduziert werden kann.

Dabei zeigte sich einmal mehr, dass das Stadtratsgremium vom Geist des Miteinanders und der gegenseitigen Rücksichtnahme geprägt ist und Einzelinteressen für das Wohl der gesamten Großgemeinde zurückgestellt werden.

Dafür möchte ich mich bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken.

In Anbetracht der hohen Neuverschuldung, die Pro-Kopf-Verschuldung erreicht mit 1.910,94 € einen absoluten Gredinger Rekordwert und wird sich in den nächsten beiden Jahren noch weiter erhöhen, wurde der Haushaltsplan seitens der Verwaltung bereits vorab der Rechtsaufsichtsbehörde mit der Bitte um kursorische Durchsicht vorgelegt.

Bei der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am vergangenen Montag wurden keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, wenngleich vermutlich jeden hier im Raum in Anbetracht der hohen Investitionen und damit der erforderlichen Rekordneuverschuldung ein beklemmendes Gefühl beschleicht. Andererseits sind die eingeplanten Investitionen allesamt notwendige Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft und werden sich langfristig für unsere Großgemeinde positiv auswirken.

Im Vergleich zum vergangenen Haushaltsjahr erhöht sich das Gesamthaushaltsvolumen um 1.621.050 EUR und erreicht mit knapp 32 Mio. EUR einen Rekordwert. Während sich das Volumen des Verwaltungshaushalts um knapp 500.000 EUR erhöht, steigt der Vermögenshaushalt um immerhin mehr als 1,1 Mio. EUR und ist Beleg für die hohe Investitionstätigkeit in unserer Kommune.

Besonders erwähnenswert ist, dass sich der prognostizierte Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 5,2 Mio. EUR auf 5,5 Mio. EUR erhöht. Die Gewerbesteuer wurde in Anbetracht der aktuellen Wirtschaftslage vorsichtig mit 3,5 Mio. EUR kalkuliert. Hilfreich zur Erreichung der Mindestzuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt ist, dass trotz erhöhter Kreisumlage, die erwarteten Schlüsselzuweisungen mit insgesamt 1,4 Mio. EUR deutlich höher als im letzten Jahr ausfallen werden.

Die höchsten Ausgaben im Vermögenshaushalt sind im Bereich der Tiefbaumaßnahmen mit Gesamtkosten von 8,9 Mio. EUR zu verzeichnen. Insbesondere der Glasfaserausbau in den Ortsteilen, der Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Viehhausen-Stierbaum, Gehwegsanierungen, die unter anderem im Zusammenhang mit der Glasfaserverlegung durchgeführt werden, Restzahlungen für die bereits durchgeführten Straßensanierungen und die Gestaltung der Ortsmitte in Viehhausen, die im Rahmen der Dorferneuerung realisiert wird, sind hierbei die Hauptpositionen.

Im Hochbaubereich werden die größten Investitionen bei der Fortführung der Maßnahme „Gemeinschaftshaus Mettendorf“ und der nachhaltigen Umrüstung der Heizungsanlage im Bauhof getätigt. Und es werden erste Zahlungen für die Planung der baulichen Ertüchtigung der Kläranlage in Greding fällig. Nicht zuletzt investieren wir durch notwendige Anschaffungen für unsere Schulen in Greding und Obermässing in die Zukunft unserer Kinder.

Durch den Erwerb von Bauerwartungsland stellen wir sicher, dass auch die nächste Generation die Möglichkeit erhält, im Gemeindegebiet bauen zu können.

Außerdem sind, wie bereits in den letzten Jahren, auch im aktuellen Haushaltsjahr sehr hohe Ausgaben im Bereich des Feuerwehrwesens und damit in die Sicherheit unserer Bevölkerung vorgesehen. Neben dem neuen Tanklöschfahrzeug für Greding, werden auch die Mittleren Löschfahrzeuge für Grafenberg und Herrnsberg ausgeliefert und somit zur Zahlung fällig. Und auch die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Herrnsberg hinterlässt im Haushaltsplan 2025 deutliche Spuren.

In der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2026 – 2028 sind die größten Ausgabepositionen die Anschaffung der Drehleiter mit über 1 Mio. EUR, Investitionen im Schulbereich, Städtebauförderprojekte, die Dorferneuerungsmaßnahmen, Sanierungsmaßnahmen im Hallenbad, die Erschließung neuer Baugebiete, die Fortführung der Straßensanierung Viehhausen – Stierbaum und die Sanierung der Kläranlage in Greding.

Mit stringenter und nachhaltiger Ausgabendisziplin in der Verwaltung und im Stadtrat wird es uns gelingen, nicht nur absolut Unverzichtbares umzusetzen, sondern auch Projekte voranzubringen, die entscheidend dazu beitragen, dass wir uns in unserer Gemeinde wohl fühlen.

Besonders kritisch werden zukünftige Ausgabenvorschläge zu bewerten sein, die nicht im Haushaltsplan enthalten sind, aber dennoch im Laufe des Jahres als erforderlich erachtet werden. Hier gilt es Einsparvorschläge einzufordern und nicht plausible Finanzierungen abzulehnen.

Auch wenn die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa insgesamt als schwierig bewertet wird und viele Kommunen, so wie wir, wegen der Aufgabenfülle und den damit verbundenen Kosten finanziell sehr unter Druck geraten, dürfen wir gewiss sein, dass jeder ausgegebene Cent nach bestem Wissen und Gewissen wohlüberlegt für unsere Großgemeinde eingesetzt wird.

Für die vorgesehenen Projekte wünsche ich uns allen viel Erfolg und ich freue mich zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die Umsetzung der im Haushalt festgelegten Aufgaben.

Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen allen für die gemeinsame Erarbeitung unseres diesjährigen Haushalts, ganz besonders bei unserem Kämmerer Andreas Gehr, für die sorgfältige und umsichtige Vorbereitung des Zahlenwerks, sowie dem Geschäftsleiter Michael Pfeiffer und dem gesamten Team der Verwaltung, das in die Haushaltserstellung eingebunden war.

Vielen Dank.“

Stadträtin Thäder:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Josef Dintner,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Großgemeinde steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Letztes Jahr titelte die Presse „Auf Kante genäht“ - das Gleiche gilt auch dieses Jahr. Das Gesamtvolumen von unserem Haushalt liegt bei 31,95 Mio. EUR. Die Verschuldung unserer Gemeinde steigt auf knapp 14,7 Mio. EUR im Jahr 2025. Eine Neuverschuldung von 4.479.000 EUR ist erforderlich.

Da stellen sich mir persönlich folgenden Fragen:

Können wir uns das leisten?

Müssen wir uns das leisten?

Dürfen wir uns das leisten?

Meine erste Frage kann ich direkt beantworten. Die Signale des Landkreises bestätigen uns die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes.

Kommen wir direkt zum zweiten Punkt. Müssen wir uns das leisten?

Auch hier kann ich die Frage einfach beantworten → JA.

Wir haben in der Phase der Haushaltserstellung zusammen im Gremium beraten. Allein mit der Festlegung des Grundsteuerhebesatzes waren wir mehrere Monate beschäftigt und haben monatlich die Anpassungspunkte der Kreisumlage verfolgt.

Unserer Stadtverwaltung ist es gelungen den Verwaltungshaushalt aufzustellen und die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt zu realisieren. Ein Kraftakt, geschuldet ist das den rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen und der steigenden Kreisumlage.

Auch bei der Aufstellung des Vermögenshaushalt haben wir in einer Sondersitzung jede Position auf den Prüfstand gestellt und die Notwendigkeit erörtert.

Ja, sogar einige Minuten haben wir zur Anschlagtafel von Attenhofen für 2.500 EUR diskutiert.

Fakt ist, ein Großteil der Neuverschuldung ist begründet durch die Stadtratsbeschlüsse der letzten Jahre.

Zum Beispiel die Entwicklung des Baugebiets Distelfeld.

Die Finanzierung ist über die KFB erfolgt und es ist somit nicht in den Haushalten der letzten Jahre aufgetaucht. Allein die Rückzahlung an die KFB macht 1,2 Mio. EUR der Neuverschuldung aus.

Auch die Investitionen in unsere Feuerwehr sind hoch, aber notwendig! Die CSU-Fraktion drängte schon lange auf die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplans. Im Wahlkampf zur Kommunalwahl 2014 und in den letzten sieben Haushaltsreden war der Bedarfsplan ein Thema.

Aus unserer Sicht hätte die Anschaffung des Feuerwehrgeräts über viele Jahre verteilt erfolgen können. Jetzt haben wir die 4 Mio. EUR in kurzer Zeit zu stemmen.

Auch die Straßensanierungen und das Gemeinschaftshaus in Mettendorf sind beschlossen und durchzuführen.

Somit ein klares JA, das müssen wir uns leisten.

Was ist mit den Projekten, die von uns gemeinschaftlich in die künftigen Haushaltsjahre geschoben wurden? Es heißt – aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Doch aufgrund der Finanzlage und der wirtschaftlichen Entwicklung muss jede Investition wirklich noch einmal genau bedacht und geprüft werden. Wir müssen nachhaltig und umsichtig mit den Steuergeldern umgehen.

Doch ich lege darauf Wert, die Punkte nicht aus der Finanzplanung zu streichen. Nur wenn alle künftigen Ausgaben sauber aufgeführt sind, bekommen wir ein ehrliches Bild zu unserer



Finanzlage. Der Peak unseres Schuldenstandes liegt laut der aktuellen Planung in 2027. Das ist das erste Mal in den letzten Jahren, dass der Trend der Schuldenentwicklung nicht abfällt, sondern steigt. Somit wissen wir, was wir vor der Brust haben und können diesen Trend bei jeder Entscheidung im Hinterkopf behalten.

Doch was ist mit meiner dritten Frage: Dürfen wir uns das leisten?

Dazu habe ich einen positiven Schlussgedanken. Die Fiskalpolitik sollte antizyklisch erfolgen. Das heißt, öffentliche Investitionen sind in guten Wirtschaftsjahren zu reduzieren und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu erhöhen.

Somit stehen uns die vielen geplanten Investitionen in der jetzigen wirtschaftlichen Situation, gut zu Gesicht.

Abschließend bedanke ich mich bei unserer Verwaltung, insbesondere bei unserem Kämmerer Andreas Gehr, für die gewissenhafte Erstellung des Haushalts. Besonders für die detaillierte Aufbereitung der Unterlagen für das Stadtratsgremium - das hat die Vorbereitung und Analyse sehr vereinfacht.

Für die Umsetzung der geplanten Projekte, wünsche ich den Mitarbeitern der Verwaltung und unserem Ersten Bürgermeister viel Erfolg und ausreichend Haushaltsdisziplin.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt 2025 zustimmen.

Vielen Dank“

Stadträtin Nuber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen,  
liebe Gäste,

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich der Verwaltung ausdrücklich Danken. Besonders hervorheben möchte ich unseren Kämmerer Andreas Gehr, der den Haushaltsplan in diesem Jahr erstmals erstellt hat – und das mit großer Souveränität und Fachkompetenz. Ebenso danke ich allen Mitarbeitenden der Verwaltung, die mit viel Engagement und Einsatz an der Erarbeitung dieses Haushalts mitgewirkt haben.

Mit einiger Sorge blicke ich auf die finanziellen Herausforderungen, vor denen unsere Gemeinde derzeit steht. Das Gesamtvolumen unseres Haushalts steigt von 30 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf knapp 32 Millionen Euro im Jahr 2025. Davon entfallen rund 18 Millionen Euro auf den Verwaltungshaushalt und 14 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt.

Bereits im Jahr 2024 haben wir einen Kredit über 2,9 Millionen Euro aufgenommen, wodurch der Schuldenstand auf rund 11 Millionen Euro angestiegen ist. Für das Jahr 2025 ist nun ein weiterer Kredit in Höhe von 4,5 Millionen Euro vorgesehen – womit die Verschuldung bis Ende des Jahres auf über 14 Millionen Euro anwachsen wird.

Ein weiterer Grund zur Besorgnis ist die stetig steigende Kreisumlage, die von der Kommune ohne eigenen Handlungsspielraum getragen werden muss. Während diese Umlage vor drei Jahren noch relativ stabil war, sehen wir seit zwei Jahren eine kontinuierliche Erhöhung. Für 2025 ist mit einer Zahlung in Höhe von 4,5 Millionen Euro zu rechnen.

Die größten Einnahmequellen unserer Kommune sind die Einkommens- und Gewerbesteuer. Es ist essenziell, diese im Blick zu behalten, denn eine gesunde Gemeinde lebt von starken

Bürgerinnen und Bürgern sowie florierenden Gewerbebetrieben. Diese Basis gilt es zu erhalten und zu stärken!

Im Stadtrat haben wir die Haushaltsansätze im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt im Vorfeld intensiv diskutiert. Nahezu jede Position wurde detailliert geprüft. Viele Ausgaben stellen Pflichtaufgaben dar und sind daher nicht verhandelbar. Andere Projekte konnten zeitlich gestreckt und auf mehrere Jahre verteilt werden.

Besonders belastend für unseren Haushalt sind aktuell die folgenden größeren Investitionen. Sie betreffen zum Großteil Pflichtaufgaben oder Projekte, die bereits beschlossen bzw. bereits in der Umsetzung sind:

- Breitbandausbau in der Kernstadt und den Ortsteilen
- Straßenbaumaßnahmen: Restarbeiten Bergstraße und Attenhofener Straße sowie die Sanierung der GV Viehhausen und Heimbach-Euerwang
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung: Kanalsanierungen, Ableitung Röckenhofen, Sanierung der Kläranlage Greding
- Feuerwehr: Anschaffung von drei Fahrzeugen, Renovierung des Feuerwehrhauses Herrnsberg und die Beschaffung einer Drehleiter
- Erschließung neuer Baugebiete, wie z. B. Obermässing 3 und Esselberg
- Fertigstellung des Gemeinschaftshauses in Mettendorf
- Gestaltung des Dorfplatzes in Viehhausen

Alle diese Ausgaben wurden kritisch hinterfragt und, wo möglich, zeitlich entzerrt.

Angesichts der finanziellen Belastungen ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass Bund und Länder die Kommunen stärker unterstützen. Viele dieser Investitionen betreffen gesetzlich verankerte Pflichtaufgaben, deren Finanzierung zunehmend schwieriger wird. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler unseres demokratischen Systems. Doch ohne angemessene Unterstützung der übergeordneten Ebenen wird es immer schwerer, notwendige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Sicherheit zu realisieren.

Die Finanzplanung bleibt aus meiner Sicht weiterhin kritisch. Mit Investitionen im Vermögenshaushalt von 14 Millionen Euro in diesem Jahr und geplanten 10 Millionen Euro im Jahr 2026 bewegen wir uns in einem sehr hohen Ausgabenbereich. Sollten unvorhergesehene Ausgaben hinzukommen, wird die angespannte Lage noch prekärer.

Daher müssen wir freiwillige Aufgaben künftig noch strenger priorisieren oder im Zweifel auch ablehnen – auch wenn dies im Einzelfall schwerfällt. Bei Projekten wie Dorfplatzgestaltungen sollten wir uns intensiv fragen: Muss das in dieser Form wirklich sein? Gibt es kreative, ressourcenschonende Alternativen – wie etwa beim Beispiel des Maibaumständers? Nicht immer braucht es die „große Lösung“. Oft sind es einfache, kreative und kostengünstige Ansätze, die zum Ziel führen.

Unser Fokus muss in den kommenden Jahren auf einer nachhaltigen und vorausschauenden Finanzpolitik liegen. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist es für die Freien Wähler unerlässlich, zentrale Ausgabenpositionen kontinuierlich kritisch zu hinterfragen. Dabei sehen wir den Schwerpunkt klar auf der Ausgabenseite – nicht primär bei der Erhöhung von Einnahmen. Eine klare Priorisierung und eine transparente Diskussion wichtiger Haushaltsposten sind Voraussetzung für eine zukunftsfähige kommunale Finanzpolitik.

Die FW-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2025, dem Stellenplan sowie dem Finanzplan zu.

Vielen Dank.“

Stadtrat Weißfeld:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister und geschätzte Verwaltung,

wir stehen heute erneut vor der wichtigen Aufgabe, den Haushalt für das kommende Jahr zu beschließen. Die letzten Jahre waren geprägt von großen Herausforderungen und tiefgreifenden Veränderungen, die uns alle betroffen haben. Doch trotz aller Widrigkeiten haben wir es geschafft, unsere Stadt auf Kurs zu halten und wichtige Projekte voranzutreiben.

Rückblick auf die letzten Jahre

Die Haushaltsjahre 2022 bis 2024 waren nach den Corona Jahren weiterhin global von Krisen und Unsicherheiten geprägt. Dennoch haben wir durch Konsolidierungsmaßnahmen und eine vorausschauende Finanzpolitik die notwendigen Mittel bereitgestellt, um unsere Stadt weiterzuentwickeln. Beispiel hierbei ist unter anderem das konsequente Verfolgen und Einholen der versprochenen Förderungen und Zuweisungen.

Aktuelle Herausforderungen

Auch im Jahr 2025 stehen wir vor großen Herausforderungen. Die weltpolitische Lage bleibt angespannt, und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind weiterhin unsicher. Die Inflation und die hohen Energiepreise belasten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch unseren städtischen Haushalt.

Die aktuellen Herausforderungen haben erhebliche Auswirkungen auf unsere Kommunalpolitik:

1.

Wirtschaftliche Unsicherheiten: Handelskonflikte und hohe Energiepreise belasten die lokalen Unternehmen und erhöhen die Produktionskosten. Beispielsweise müssen einige mittelständischen Betriebe ihre Produktionskosten anpassen und ihre Preise erhöhen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

2.

Flüchtlingskrise: Die anhaltenden Konflikte führen zu einer erhöhten Zahl von Geflüchteten, die untergebracht und integriert werden müssen. In Greding haben wir zusätzliche Unterkünfte bereitgestellt und Integrationsprogramme gestartet, um den Geflüchteten zu helfen. Die vor kurzem eröffnete Gredinger Tafel leistet hier ebenso einen kleinen, aber wichtigen Beitrag.

3.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Investitionen in nachhaltige Projekte und erneuerbare Energien sind notwendig, um unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden. Greding hätte das Potential zum Bau eines Elektrolyseurs zur Produktion von grünem Wasserstoff. Zudem wurden bereits zahlreiche Photovoltaikanlagen genehmigt. Ein großes Problem bleibt jedoch die Netzaufnahme, da das Stromnetz die zusätzliche Einspeisung nicht immer bewältigen kann.

4.

Interkommunale Zusammenarbeit: Städtepartnerschaften und Landkreisübergreifende Zusammenarbeit gewinnen an Bedeutung, um gemeinsame Lösungen für globale Probleme zu finden.

INTERNAL

Gemeinsame Erarbeitung des Haushalts

Wichtig ist zu betonen, dass der Haushalt für das Jahr 2025 gemeinsam mit allen Fraktionen der Stadt erarbeitet wurde. Alle Beschlüsse zu den jetzt umzusetzenden Punkten wurden demokratisch und im Konsens auf den Weg gebracht. Diese Zusammenarbeit zeigt, dass wir als Stadt geeint sind und gemeinsam und fraktionsübergreifend die besten Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger finden. Dafür möchten wir uns auch recht herzlich von der SPD- Fraktion bedanken.

## Haushaltsvolumen 2025

### Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 2025

- 

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: 5.530.000 Euro (2024: 5.200.000 Euro) +330.000 Euro

- 

Gewerbesteuer: 3.500.000 Euro (2024: 4.000.000 Euro) - 500.000 Euro

### Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 2025

- 

Kreisumlage: 4.590.000 Euro (2024: 4.260.000 Euro) +330.000 Euro

- 

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand: 3.912.400 Euro (2024: 3.514.400 Euro) - +397.650 Euro

- 

Personalausgaben: 3.549.000 Euro (2024: 3.436.000 Euro) + 113.300 Euro

→

### Kompensieren

### Einnahmen des Vermögenshaushaltes 2025

- 

Zuweisungen und Zuschüsse: 6.355.800 Euro

- 

Kreditaufnahmen: 4.479.000 Euro - sehr hoch

### Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2025

- 

Tiefbaumaßnahmen: 8.872.300 Euro

Hochbaumaßnahmen: 1.502.000 Euro

- 

Erwerb von beweglichen Sachen: 1.530.000 Euro

### Kritische Betrachtung der Verschuldung

Ein wichtiger Punkt, den wir nicht außer Acht lassen dürfen, ist der Trend der Verschuldung. Die Entwicklung der Gesamtverschuldung zeigt, dass wir in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um unsere finanzielle Stabilität zu sichern:

- 

31.12.2024: 11.147.410 Euro

- 

31.12.2025: 14.689.362 Euro (Prognose)

- 

31.12.2026: 17.429.661 Euro (Prognose)

- 

31.12.2027: 17.939.912 Euro (Prognose)

- 

31.12.2028: 16.759.912 Euro (Prognose)

Diese Zahlen zeigen, dass wir auf einem transparenten Weg sind, unsere Verschuldung langfristig zu reduzieren und unsere finanzielle Stabilität zu sichern. Dennoch müssen wir weiterhin kritisch bleiben und Maßnahmen ergreifen, um die Ausgabenseite auf ein Minimum an Pflichtaufgaben zu reduzieren und die Einnahmenseite zu stärken.

### Ausblick

Direkte und Indirekte Investitionen sind notwendig, um die Infrastruktur und Lebensqualität in Greding zu erhalten und zu verbessern.

### Stärkung der sozialen Infrastruktur:

Renovierung und Umbau der Schule in Greding

Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit:

Die Stadt investiert nicht, sondern unterstützt Firmen, Investoren, die diesen Bereich etwas machen z. B. Photovoltaik Nahwärmenetz im Altstadtgebiet etc.

Unterstützung der lokalen Wirtschaft:

Wir fördern keine Firmen, aber unterstützen z.B. durch Glasfaserausbau die Rahmenbedingungen

Sicherung der finanziellen Stabilität

Wir müssen die nächsten Jahre mehr Schulden machen, um die beschlossenen und notwendigen Projekte umzusetzen. Allerdings müssen wir auch die finanzielle Belastung durch diese Investitionen kritisch betrachten. Die hohen Ausgaben erfordern eine sorgfältige Planung und Überwachung, um sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel effizient eingesetzt werden und die Verschuldung nicht weiter ansteigt.

Maßnahmen zur Reduzierung der Verschuldung

1. Reduzierung der Ausgaben: Die Ausgaben müssen auf ein Minimum an Pflichtaufgaben reduziert und priorisiert. Dies bedeutet, dass wir uns auf die notwendigsten Aufgaben fokussieren und alle nicht zwingend erforderlichen Ausgaben kritisch prüfen und gegebenenfalls streichen.

2. Erhöhung der Einnahmen: Die Einnahmenseite, wie z.B. die Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer, soll ebenfalls kritisch hinterfragt und nach Potentialen geprüft werden, ob weitere zusätzliche Einnahmen zu generieren.

3. Gewerbegebiet „Kreuzfeld“: die Entwicklung des neuen Gewerbegebietes muss konsequent in den Fokus rücken.

Schlusswort

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen des kommenden Jahres anpacken und unsere Stadt weiter voranbringen. Mit Mut, Entschlossenheit und einem klaren Blick für das Wesentliche werden wir auch 2025 und die folgenden Jahre erfolgreich gestalten.

Zitat CSU Fraktionsvorsitzender 2024:

Haushalt ist Vertrauensvorschuss und auch wir können, wenn auch zähneknirschend, zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.“

Stadtrat Sorgatz:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

normalerweise „endet“ die Haushaltsrede mit dem Dank an den Bürgermeister, den geschäftsführenden Beamten, des Kämmerers mit Verwaltung und letztlich auch den Kolleginnen und Kollegen.

Heute möchte ich diesen Dank voranstellen. Unsere FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2025 zu.

Mein Freund Max Netter erhielt immer großen Beifall im Kreistag wenn er als Letzter der Fraktionen die Haushaltsrede hielt. Er sagte in Anbetracht unserer Fraktionsgröße und der Reihenfolge der Sprecher habe ich meine Haushaltsrede in der Länge angepasst.

Auch heute ist es so, dass ich meine Anmerkungen angesichts der Tagesordnungspunkte und unserer Fraktionsgröße angepasst habe. Meine Kollegin und Kollegen haben bereits viele Fakten und Zahlen beeindruckend dargelegt.

Dennoch meine Anmerkungen: im Unterton schwingt immer mit, dass wir jetzt sehr und besonders auf die Kosten unserer Entscheidungen achten müssen. Dem muss ich vehement widersprechen. Solange ich dabei bin, haben wir immer auf die Kosten geachtet und niemals leichtfertig Geld ausgegeben. Diese waren immer fokussiert auf wichtige zukunftsgerichtete Projekte, notwendige Infrastruktur, der Sicherheit und dem Wohl unserer Bürger ausgerichtet. Daran wird sich auch nichts ändern.

Natürlich sind die Rahmenbedingungen schwieriger geworden. Die Kreisumlage, die Personalkosten, Sozialkosten usw. steigen von Jahr zu Jahr. Der Spielraum für freiwillige Leistungen geht gegen „Null“. Die kommunale Selbstverwaltung steht fast nur noch auf dem Papier, die Realität holt uns hier ein.

Dennoch haben wir den Hebesatz für Grundsteuer A und B von 320 auf 240 gesenkt, um der Vorgabe „Einkommensneutralität“ der Kommunen zu entsprechen. Das war ein Akt der Ehrlichkeit, dennoch haben es viele Bürger nicht verstanden und verstehen es immer noch nicht, dass 60% von ihnen höhere Grundsteuern bezahlen müssen. Seit Jahrzehnten ist diese Steuer konstant obwohl die Kosten ständig steigen.

Viele Erwartungen müssen notgedrungen verschoben werden. Diesen Haushalt haben wir mehrmals vorbesprochen und er stellt einen Kompromiss dar.

„Die Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.“ Ein Zitat von Helmut Schmidt.

Die FDP stimmt dem Haushalt zu.

Vielen Dank für Zuhören.“

Auf Nachfrage von zweitem Bürgermeister Brigl teilte Kämmerer Gehr mit, dass die ausstehenden Zuschüsse, z.B. für das Haus der Kinder inzwischen weitestgehend eingegangen seien. Aus der Förderung der RZWas seien rund 1 Mio. für 2025 zugesagt.

## **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Die Stadt Greding erlässt aufgrund der Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern für das Jahr 2025 folgende

## **Haushaltssatzung:**

### **§ 1**

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird hiermit festgesetzt; er schließt im **Verwaltungshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit	17.994.750,00 Euro
-----------------------------------	--------------------

und im **Vermögenshaushalt**

in den Einnahmen und Ausgaben mit ab.	13.955.400,00 Euro
--	--------------------

### **§ 2**

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf **4.479.000,00 Euro** festgesetzt.

### § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf **0,00 Euro** festgesetzt.

### § 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- |   |          |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer  |          |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 240 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B)                              | 240 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer  | 320 v.H. |

### § 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf **3.000.000 Euro** festgesetzt.

### § 6

- entfällt -

### § 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2025 in Kraft.

<b>TOP 5.</b>	<b>Mittelfristige Finanzplanung und Stellenplan zum Haushalt des Jahres 2025</b>
---------------	--

#### Sachverhalt:

Im Rahmen des Erlasses der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für 2025 ist auch über

1. die mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2024 bis 2028
- und
2. den Stellenplan für 2025

zu beschließen.

Der Finanzplan und der Stellenplan liegen dem Stadtrat vor.

#### Beschluss:

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

1. Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung (Finanzplan) für die Jahre 2024 bis 2028 wird beschlossen.
2. Der vorgelegte Stellenplan für das Jahr 2025 wird beschlossen.

<b>TOP 6.</b>	<b>Sondergebiet Photovoltaikanlage "Röckenhofen I" - Aufstellungsbeschluss</b>
---------------	--

**Sachverhalt:**

Mathias Weiß hat einen Antrag auf Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage in der Gemarkung Röckenhofen eingereicht.

**Eckdaten zu dem Vorhaben:**

**Standort:** Flur-Nr. 174, Gem. Röckenhofen

**Größe:** 3,9 ha

**Netzanschlusszusage:** Eine Netzzusage kann erst nach dem Vorliegen eines Aufstellungsbeschlusses gestellt werden.

**Flächensicherung:** Eigentümer

**Entspricht dem Leitbild:** Ja

**Entfernung zur nächstmöglichen Wohnbebauung:** ca. 400 m

**Prozentual vorhandene Photovoltaikanlagen in der Gemarkung:** 0 %

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung vom 17.03.2025 die Fläche vor Ort besichtigt und anschließend den Standort nach den Kriterien des Leitbilds für die Behandlung von Freiflächen PV-Anlagen beurteilt.

Ohne förmlichen Beschluss äußerte der Bau- und Umweltausschuss folgende Bedenken/Hinweise zum Standort:

- Nach dem Leitbild sind größere zusammenhängende Anlagen einer Vielzahl von kleineren Anlagen vorzuziehen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat lehnt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich des Grundstückes Flur-Nr. 174 in Röckenhofen zur Errichtung einer Photovoltaikanlage ab.

<b>TOP 7.</b>	<b>Bauantrag auf Umbau der Photovoltaikanlage in Österberg</b>
---------------	--

**Sachverhalt:**

Für die Grundstücke Flur-Nr. 203 und 204 in der Gemarkung Österberg ist ein Bauantrag auf Umbau der bestehenden Photovoltaikanlage eingegangen.

Das Grundstück ist mit 153 Solartrackern bebaut. Diese bleiben erhalten.



Um die Nutzung der Fläche zu intensivieren, sollen zwischen den bestehenden Trackern Solarmodule errichtet werden. Ein Modul hat eine Grundfläche von 1,78 m<sup>2</sup> und eine maximale Höhe von 2,60 m. Die aufgeständerten Module haben eine Neigung von 15 Grad.

Zusätzlich werden 4 Trafos und 8 Batteriespeicher auf der Fläche neu errichtet.

Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des gültigen Bebauungsplans Nr. 26 für das Sondergebiet "Photovoltaikanlage Österberg I".

Folgende Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans ist nach § 31 Absatz 2 BauGB notwendig, wenn die Bauwerber das Vorhaben, wie geplant, errichten möchten:

- Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 2.1.2 der Satzung) bezüglich der Gestaltung von Solartrackern. Laut Festsetzung sind Solartracker im Raster von mindestens 9 m x 11 m mit einer Solarpaneelfläche jeweils bis zu 56 m<sup>2</sup> zulässig. Die aufgeständerten Module überschreiten diese Größe, da diese zusammenhängend errichtet werden.

Die Erschließung des Grundstückes ist durch den Durchführungsvertrag vom 01.08.2006 sichergestellt.

## **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Umbau der bestehenden Photovoltaikanlage in Österberg das gemeindliche Einvernehmen. Die erforderliche Befreiung vom Bebauungsplan wird erteilt.

<b>TOP 8.</b>	<b>Errichtung eines Großbatteriespeichers auf dem Grundstück Flur-Nr. 821 in Großhöbing - Aufstellungsbeschluss</b>
---------------	---

### **Sachverhalt:**

Das ISE (Institut für systemische Energieberatung, Oberschleißheim) und die Knobloch Energieberatung beantragen die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Grundstück Flur-Nr. 821 in der Gemarkung Großhöbing zur Errichtung eines Großbatteriespeichers.

Herr Knobloch von der Energieberatung Knobloch hat das Projekt am 13.03.2025 dem Stadtrat vorgestellt.

Die Gesamtfläche beträgt rund 2,1 ha.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als Fläche für Dauergrünland in Talräumen und Hangbereichen dargestellt. Die Fläche liegt in der Schutzzone Naturpark Altmühltal.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Im Jahr 2014 wurde ein Antrag auf Errichtung eines Photovoltaik-Parkes auf dem o.g. Grundstück eingereicht.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 27.03.2014 den Antrag abgelehnt. Als Grund nannte er die Tallagen der Schwarzach sowie deren Hanglagen. Dies sind sensible Bereiche des

Naturschutzes und insbesondere des Landschaftsbildes, weshalb der Stadtrat eine diesbezügliche Bebauung hier grundsätzlich ablehnte.

Aufgrund des neu entwickelten Leitbildes für Photovoltaikanlagen aus dem Jahr 2022 haben sich keine anderen Erkenntnisse ergeben. Auch dort wurde folgende Festsetzung getroffen:

Die Schutzzone des Naturpark Altmühltal und der Talraum der Schwarzach einschließlich ihrer Seitentäler sind zu schützen und von derartigen Anlagen freizuhalten.

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Schmidt führte aus, dass er einer generellen Ablehnung skeptisch gegenüberstehe. Batteriespeicher seien sinnvoll und angesagt. Aus diesem Grund sollte intensiver darüber beraten werden.

Bürgermeister Dintner erwiderte, dass gerade diese beantragten Großbatteriespeicher nicht netzdienlich seien und damit keine Entlastung für das Stromnetz bringen.

Zweiter Bürgermeister Brigl wollte für die Großbatteriespeicher keine zusätzlichen Flächen „verschandeln“. An bestehenden Photovoltaikanlagen sei ein guter Platz dafür.

Auf Vorschlag der Stadträte Schmidt, Nuber und Herrler soll in den Beschluss der Zusatz der Prüfung der Netzdienlichkeit aufgenommen werden.

Stadtrat Hiemer forderte ein Gesamtkonzept für Großspeicher im gesamten Gemeindegebiet.

Stadtrat Dr. Metzner konnte sich eine Aufnahme dieses Themas im bestehenden Leitbild vorstellen.

#### **Beschluss:**

#### **Abstimmungsergebnis: 18:1**

Der Stadtrat lehnt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich des Grundstückes Flur-Nr. 821 in Großhöbing zur Errichtung eines Großbatteriespeichers ab.

Bei Vorlage einer netzdienlichen Zusage des Netzbetreibers kann der Stadtrat erneut über den Antrag auf Aufstellungsbeschluss entscheiden.

<b>TOP 9.</b>	<b>Errichtung eines Großbatteriespeichers auf dem Grundstück Flur-Nr. 783 in Großhöbing - Aufstellungsbeschluss</b>
---------------	---

#### **Sachverhalt:**

Das ISE (Institut für systemische Energieberatung, Oberschleißheim) und die Knobloch Energieberatung beantragen die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das Grundstück Flur-Nr. 783 in der Gemarkung Großhöbing zur Errichtung eines Großbatteriespeichers.

Herr Knobloch von der Energieberatung Knobloch hat das Projekt am 13.03.2025 dem Stadtrat vorgestellt.

Die Gesamtfläche beträgt rund 0,3 ha.

Das Grundstück ist laut Flächennutzungsplan als Fläche für Dauergrünland in Talräumen und Hangbereichen dargestellt. Die Fläche liegt in der Schutzzone Naturpark Altmühltal und ist als Überschwemmungsgebiet kartiert.

Hierzu kann ein vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) aufgestellt werden. Der Antragsteller muss die Bereitschaft zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten durch Unterzeichnung eines Durchführungsvertrages erklären.

Aufgrund der bereits vorhandenen Bebauung am Umspannwerk kann aus Sicht der Verwaltung die Errichtung eines Großbatteriespeichers an diesem Standort befürwortet werden, wenn eine netzdienliche Zusage des Netzbetreibers vorliegt.

#### **Diskussionsverlauf:**

Bürgermeister Dintner führte aus, dass nach Rücksprache mit Prof. Markus Brautsch und Herrn Kleedörfer von der N-Ergie ein Großbatteriespeicher auf dieser Fläche eine Wasserstoffproduktion gefährde. Auch Bürgermeister Mailinger habe darum gebeten, die Realisierung des Elektrolyseur-Vorhabens nicht zu gefährden.

Stadtrat Joos sah keinen Konflikt mit der geplanten Wasserstoffproduktion in Höbing.

#### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 11:8**

Der Stadtrat lehnt die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes als vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich des Grundstückes Flur-Nr. 783 in Großhöbing zur Errichtung eines Großbatteriespeichers ab.

Bei Vorlage einer netzdienlichen Zusage des Netzbetreibers kann der Stadtrat erneut über den Antrag auf Aufstellungsbeschluss entscheiden.

<b>TOP 10.</b>	<b>Bauantrag auf Wohnhausumbau mit Umbau zum Zweifamilienwohnhaus in Greding</b>
----------------	--

#### **Sachverhalt:**

Für das Grundstück "Martin-von-Eyb-Straße 2", Flur-Nr. 1670/54 in Greding, wurde ein Bauantrag auf Wohnhausanbau und Umbau zu einem Zweifamilienwohnhaus eingereicht.

Das Grundstück ist mit einem Einfamilienwohnhaus (KG, EG und DG) bebaut. Durch die Hanglage erscheint das Gebäude talseitig 2-geschossig und bergseitig 1-geschossig.

Talseitig wird an das Kellergeschoss ein Anbau mit einer Grundfläche von 12,50 m x 7,00 m angebaut. Das Kellergeschoss ist als separate Wohneinheit geplant. Im Erdgeschoss wird auf den Anbau ein Wintergarten mit Terrasse errichtet. Dieser schließt mit einem Pultdach, Dachneigung 5 Grad ab. Die Eindeckung des Wintergartens ist mit Glaselementen geplant.

Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des gültigen Bebauungsplans Nr. 18 für das Wohngebiet "Landerzhofener Leite" in Greding.

Folgende Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans sind nach § 31 Absatz 2 BauGB notwendig, wenn die Bauwerber das Vorhaben, wie geplant, errichten möchten:

- Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplans (§ 5 der Satzung) bezüglich der Dachform, Dachneigung und Dacheindeckung. Laut Festsetzung sind Satteldächer mit einer Dachneigung von 38 Grad und einer Dacheindeckung mit Tonziegeln festgesetzt. Der Wintergarten schließt mit einem Pultdach, Dachneigung 5 Grad ab und wird mit Glaselementen eingedeckt.

Gleichlautende Befreiungen wurde bereits im Plangebiet erteilt.

Laut Garagen- und Stellplatzverordnung müssen 4 Stellplätze nachgewiesen werden. Diese werden am Grundstück nachgewiesen.

Die Erschließung des Grundstücks ist gesichert.

### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Wohnhausanbau und Umbau zu einem Zweifamilienwohnhaus in Greding das gemeindliche Einvernehmen. Die erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan werden erteilt.

<b>TOP 11.</b>	<b>Stefan Christoph - Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Kaising</b>
----------------	--

### **Sachverhalt:**

Für das Grundstück, Zur Fürstenstraße 6 a, Flur-Nr. 84/1 in Kaising wurde ein Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage eingereicht.

Das neu geplante zweigeschossige Wohnhaus (KG, EG und OG) hat eine Grundabmessung von 12,00 m x 10,00 m.

Der First befindet sich in einer Höhe von 8,33 m. Das Gebäude hat eine Traufhöhe von 6,00 m und soll mit einem Satteldach, Dachneigung 25 Grad, abschließen. Die Dacheindeckung soll mit roten Dachsteinen erfolgen.

Die Doppelgarage wird an der nordwestlichen Gebäudeseite des Wohnhauses angebaut und hat eine Grundabmessung von 9,00 m x 8,00 m. Die mittlere Wandhöhe von max. 3,00 m wird eingehalten. Die Garage ist mit einem Flachdach geplant.

Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich der gültigen Einbeziehungssatzung Nr. 47 "Südlicher Ortsrand von Kaising". Die Festsetzungen der Satzung werden eingehalten.

Die Erschließung des Grundstückes ist gesichert.

### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 18:0**

Der Stadtrat erteilt dem Bauantrag auf Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in Kaising das gemeindliche Einvernehmen.

Stadtrat Nagel enthielt sich wegen persönlicher Beteiligung der Beratung und Abstimmung.

<b>TOP 12.</b>	<b>Information über die Behandlung eingegangener Bauanträge</b>
----------------	---

**Sachverhalt:**

Der Stadtrat wird über folgende Bauanträge, wozu durch die Verwaltung das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, in Kenntnis gesetzt:

- Oliver Eckert, Zum Butzwinkel 5, OT Obermässing, Bauantrag auf Umbau des bestehenden Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage zu einem Zweifamilienwohnhaus
- Thomas Schneider, Georg-Jobst-Gasse 15 ½, Greding, Bauantrag auf Wohnhausan- und Wohnhausumbau

<b>TOP 13.</b>	<b>Beschluss über die Teilnahme der Stadt Greding an der Kooperationsgemeinschaft zu einer koordinierten Energiewende im Landkreis Roth</b>
----------------	---

**Sachverhalt:**

Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzgesetz 2021 das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 festgelegt. Um dies auf lokaler Ebene zu unterstützen, wurde für den Landkreis Roth ein digitaler Energienutzungsplan erstellt, der aktuell weiterentwickelt wird. Im Digitalen Energienutzungsplan ist der aktuelle Stand der Energieversorgung abgebildet und er zeigt mögliche Entwicklungspotentiale für den Landkreis bis 2045 auf. Das verfolgte Ziel im Landkreis ist der Ausbau einer nachhaltigen Energieerzeugung mit maximaler Wertschöpfung für die Region.

Zur Umsetzung möglicher Projekte wird in einem ersten Schritt eine Kooperationsgemeinschaft zwischen dem Landkreis Roth sowie den Gemeinden und Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Landkreis Roth gebildet. Die Kooperation hat die Aufgabe, geeignete Flächen für erneuerbare Energien zu identifizieren, die Umsetzbarkeit zu prüfen und mit den Gemeinden abzustimmen.

Die Kooperationsgemeinschaft wird vom Fachkreis "Koordinierte EnergieWende (KEWe)" begleitet, der aus Vertretern des Landkreises, der Klimaschutzstelle, der Energieberatungsagentur sowie den Bürgermeistern und EVUs besteht. Die Koordination übernimmt die Klimaschutzstelle im Landratsamt Roth. Die Gemeinden werden in die Flächenauswahl aktiv eingebunden und können eigene Flächen einbringen.

Für die teilnehmenden Gemeinden an der Kooperationsgemeinschaft entstehen keine finanziellen Verpflichtungen. Des Weiteren besteht keine Pflicht zur Teilnahme an einer später geplanten kommunalen Projektentwicklungsgesellschaft.

Die Zusammenarbeit soll dazu beitragen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien über die Kommunengrenzen hinweg zu koordinieren, die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und die Energiewende aktiv mitzugestalten.

**Vorteile der Teilnahme:**

- **Aktive Mitgestaltung** der Energiewende auf kommunaler Ebene
- **Koordination** durch den Landkreis und den Fachkreis KEWe
- **Unterstützung** bei der Flächensicherung und Projektentwicklung durch genannte Partner
- Berücksichtigung **aller energetischen Potentiale** (Wind, PV, Speicher, etc.)
- **Professionalisierung** durch Einbindung der regionalen EVUs

- **Frühzeitige Abstimmung des Netzausbaus** mit dem Ausbau erneuerbarer Energien

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Sorgatz sah mit dieser Kooperationsgemeinschaft eine gute Möglichkeit auch das Thema der Großbatteriespeicher zu bearbeiten.

#### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat der Stadt Greding beschließt, der Kooperationsgemeinschaft zur Entwicklung erneuerbarer Energien im Landkreis Roth beizutreten. Die Verwaltung wird beauftragt, die Teilnahme zu erklären und weitere Schritte in Abstimmung mit dem Landkreis Roth vorzubereiten.

<b>TOP 14.</b>	<b>Vereinbarung zur Kostenbeteiligung der Stadt Greding am Grundbeitrag des Verbandes für Ländliche Entwicklung (VLE)</b>
----------------	---

#### **Sachverhalt:**

Die Teilnehmergeinschaft Obermässing 2 (TG) ist Mitglied im Verband für Ländliche Entwicklung Mittelfranken (Verband), der die Aufgaben im Bereich Verwaltung und Buchführung für die TG als eigene Aufgaben gemäß Satzung wahrnimmt. Für die Durchführung dieser Aufgaben erhebt der Verband satzungsgemäß einen Grundbeitrag. Die Höhe des Grundbeitrages beschließt der Vorstand des Verbandes und bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde (Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken).

Der Grundbeitrag beträgt aktuell 7.000,00 EUR für das Jahr 2025 und wird gemäß den gültigen Dorferneuerungsrichtlinien gefördert. Die Stadt Greding beteiligt sich am Grundbeitrag ab dem Jahr 2025 mit dem nach Abzug der Förderung verbleibenden Anteil in Höhe von 53 % bzw. 3.710,00 EUR pro Jahr.

#### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat stimmt der Vereinbarung zwischen der Teilnehmergeinschaft Obermässing 2 (TG) und der Stadt Greding (Vertragspartner) zu. Gegenstand der Vereinbarung ist die Beteiligung der Stadt Greding am Grundbeitrag für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich Verwaltung und Buchführung durch den Verband für Ländliche Entwicklung Mittelfranken für die Teilnehmergeinschaft Obermässing 2.

<b>TOP 15.</b>	<b>Zustimmung zur Errichtungsvereinbarung für die Gründung der Bürgerstiftung sowie Beschluss über die Zusammenstellung des Stiftungsrates</b>
----------------	--

#### **Sachverhalt:**

Zur Errichtung einer nichtselbständigen Unterstiftung „Bürgerstiftung Stadt Greding“ ist eine Vereinbarung zwischen der Stadt Greding (Gründungsstifter) und der DT Deutsche Stiftungstreuhand AG (Stiftungstreuhanderin) notwendig.

Des Weiteren muss für die „Bürgerstiftung Stadt Greding“ ein gesonderter Stiftungsrat eingerichtet werden, der mit bis zu sieben Personen besetzt ist. Dieser besteht unabhängig

von dem nach § 7 der Stiftungssatzung der „Stiftergemeinschaft der Sparkasse Mittelfranken-Süd“ errichtetem Kuratorium.

Ständiges Mitglied des Stiftungsrates ist der/die amtierende Bürgermeister(in) der Stadt Greding.

Die weiteren Mitglieder des Stiftungsrates werden für die Dauer der Wahlperiode des Stadtrates bestellt. Widerruf und Neubestellung erfolgen durch den Stadtrat oder einem von diesem bevollmächtigten Ausschuss und sind zu jeder Zeit möglich.

Die Fraktionen schlagen folgende Personen für den Stiftungsrat vor:

CSU: Arno Bitterwolf  
FW: Manfred Preischl  
SPD: Thomas Weißfeld  
FDP: Max Netter.

### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat der Stadt Greding stimmt der Vereinbarung zwischen der Stadt Greding (Gründungsstifter) und der DT Deutsche Stiftungstreuhand AG (Stiftungstreuhandlerin) zur Errichtung der nichtselbständigen Unterstiftung „Bürgerstiftung Stadt Greding“ zu.

Der Stadtrat der Stadt Greding bestellt folgende Personen als Mitglieder des Stiftungsrates: Arno Bitterwolf, Manfred Preischl, Thomas Weißfeld und Max Netter.

<b>TOP 16.</b>	<b>ÖPNV in Greding - Einführung On-Demand-Verkehr (ODV) und Einsparungen bei der nächsten Fahrplanänderung</b>
----------------	--

### **Sachverhalt:**

#### **Einführung On-Demand-Verkehr (ODV)**

Das Landratsamt Roth hat mit Schreiben vom 31.03.2025 mitgeteilt, dass für die Ausgestaltung des Bedarfsverkehrs in Greding noch eine endgültige Rückmeldung seitens der Stadt Greding erforderlich ist.

Im Anhang sind die Präsentationsfolien der Arbeitssitzung des Mobilitätsausschusses des Landkreises Roth (MOB) vom 10. Februar 2025 angehängt.

Für den Bedarfsverkehr (ab 12. Dezember 2027) in Greding sind laut Landratsamt zwei Optionen möglich:

#### **Option 1: Neuer On-Demand Verkehr, Mo-So (als Ersatz für 611.2 Greding Mobil, 614 Kinding)**

Der On-Demand Verkehr (ODV) deckt das Gemeindegebiet Greding bedarfsorientiert ab. Die Linie 611 wird voraussichtlich stündlich (Mo-So) von Hilpoltstein, Thalmässing, Großhöbing-Abzw., Günzenhofen-Abzw., Hausen, Greding und Kinding mit einer Anbindung in Richtung Ingolstadt verkehren.

Dies bedeutet:

- Flexibilität für die Fahrgäste, die von Ortsteil zu Ortsteil reisen können, ohne an einen festen Fahrplan gebunden zu sein
- Möglichkeit, mit dem „Flexibus“ in die Linie 611 umzusteigen, um die Verbindung nach Kinding und weiter in Richtung Ingolstadt zu nutzen
- Kosten für besetzte Kilometer werden mit 8 € kalkuliert

## **Option 2: Erweiterung des Greding Mobils 611.2 (Mo-So) mit Streichung der Linie 614 Kinding**

Im Rahmen dieser Option könnte das Greding Mobil weiterhin angeboten werden, wobei die Fahrzeiten stündlich an die Anschlüsse der Achse 611 angepasst werden:

- Ausschließlich Fahrten nach Fahrplan möglich
- Kein zusätzlicher Komfort-Zuschlag für die Fahrgäste
- Keine Mehreinnahmen zu erwarten
- Keine Anbindung an Kinding Richtung Nürnberg
- Kosten für besetzte Kilometer werden mit 6,82 € kalkuliert

Die Verwaltung empfiehlt die Option 1 incl. einer Ausweitung des ODVs nach Kinding mit Anbindung Richtung Nürnberg, um den Fahrgästen der Ortsteile die Möglichkeit zu bieten, bis nach Kinding zu fahren und von dort den Zug nach Nürnberg zu erreichen.

Alternativ könnte ein Rufbus zu den Zugzeiten nach Nürnberg angeboten werden.

Der Markt Thalmässing unterstützt ebenfalls die Einführung eines On-Demand-Verkehrs in der Option 1.

Eine erste **Kostenschätzung für einen On-Demand-Verkehr (ODV)** innerhalb Gredings ist beigelegt. Die Schätzung hängt von den gefahrenen Kilometern und den Kosten für die Besetzkilometer ab. Deshalb kann eine genaue Abschätzung nicht erfolgen.

Die linke Spalte beinhaltet das Förderprogramm „Mobilität ländlicher Raum“ im 4. und letzten Jahr = 40 %, die rechte Spalte beinhaltet nur die normale ÖPNV-Zuweisung (ca. 10 %). Im Anhang ist eine Kostenschätzung für den ODV und die Ist-Kosten vom Greding Mobil Linie 611.2 enthalten.

Sollte der **Landkreis Roth im Juni** sich für die Wiedereinführung eines „Komfort-Zuschlags“ entscheiden, erhöhen sich die Einnahmen für den Landkreis. Das Mitfahren mit einem Deutschlandticket hatte bisher keine weiteren Kosten für den Bürger bedeutet. Der Komfortzuschlag (abgeschafft im Januar 2023) ist ein Zuschlag zu den vorhandenen Tickets des Fahrgastes. Die genaue Höhe wird noch festgelegt (zwischen 2 € und 3 €). Beim On-Demand-Verkehr würde dies zu Mehreinnahmen führen.

Nächste Schritte:

Der Mobilitätsausschuss des Landkreises Roth wird im Mai 2025 tagen, um die Details des Linienbündels im Gesamten zu erörtern. Im Juni 2025 erfolgt die Beschlussfassung des Linienbündels sowie der Bedarfsverkehre aller beteiligten Gemeinden im Kreistag. Die Vorabbekanntmachung und Ausschreibung ist für September 2025 vorgesehen. Der Betriebsbeginn des Linienbündels mit Bedarfsverkehr ist für den 12. Dezember 2027 geplant.

## **Einsparungen bei der nächsten Fahrplanänderung (Dezember 2025)**

Der Landkreis ist derzeit bemüht die Kosten des ÖPNVs für ungenutzte Fahrten einzusparen.

Bei der Überprüfung, veranlasst durch das Landratsamt Roth, hat sich gezeigt, dass in der kompletten Faschingswoche (03.03.-07.03.25) keine Fahrgäste auf der 613 mitgefahren sind. Auf der Linie 612 sind in den Faschingsferien mehrere Personen von Greding nach Hilpoltstein Bahnhof gefahren (siehe Anhang Zähllisten).



Auch die Samstag-Rufbusfahrt der 613 wurde im Jahr 2024 nicht in Anspruch genommen. Diese könnte das Landratsamt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2025 aus dem Fahrplan entfernen. Der Besetzkilometer beläuft sich auf 3,41 €.

Das Landratsamt Roth fragt nun an, ob die Ferienfahrten der Linie 613, die Samstagsfahrt der Linie 613 und die Ferienfahrt der Linie 612 gestrichen werden können.

Die Verwaltung schlägt vor, die Ferienfahrten auf der Linie 613 abzubestellen. Die Ferienfahrt auf der Linie 612 soll zunächst beibehalten werden, um die Möglichkeit der Fahrt nach Hilpoltstein während der Ferien zu gewährleisten.

Ab 2027 könnte die Ferienfahrt auf der Linien 612 sowie der Gredl-Express 636 gestrichen werden, sofern durch die neue Ausschreibung eine alternative Lösung bereitgestellt wird.

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadträtin Nuber freute sich darüber, dass nun endlich der ODV für Greding Fahrt aufnimmt. Eine Anbindung des Bahnhofs Greding im Rahmen des ODV hielt sie nach wie vor für einen Erfolg des ODV für erforderlich. Die Argumentation des Landkreises dazu könne sie nicht nachvollziehen. In jedem Fall soll die Anbindung von Litterzhofen geprüft werden.

Zweiter Bürgermeister Brigl gab zu bedenken, dass der Landkreis 50 % der Kosten trage und deshalb ein erhebliches Wort mitrede.

Stadtrat Sorgatz forderte eine Ausstiegsmöglichkeit, sofern die Fahrten nicht angenommen würden und sah die Kostensituation sehr problematisch.

#### **Beschluss:**

#### **Abstimmungsergebnis: 18:1**

Der Stadtrat spricht sich bezüglich der Ausgestaltung des Bedarfsverkehrs in Greding für Option 1 mit der zusätzlichen Anbindung des Bahnhofs Kinding Richtung Nürnberg aus.

#### **Beschluss:**

#### **Abstimmungsergebnis: 17:2**

Sollte die zusätzliche Anbindung des Bahnhofs Kinding Richtung Nürnberg im Rahmen des ODV nicht genehmigt werden, wird alternativ die Einrichtung eines Rufbusses zu den Zugzeiten nach Nürnberg gefordert.

#### **Beschluss:**

#### **Abstimmungsergebnis: 15:3**

Bezüglich der Einsparmöglichkeiten stimmt der Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Stadträtin Regensburger war zum Zeitpunkt der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

<b>TOP 17.</b>	<b>Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts</b>
----------------	---

#### **Sachverhalt:**

In der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts werden auch die Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit (§ 5) geregelt.

Bei den Museums- und Stadtführungen ist aufgrund einer Umfrage bei den umliegenden Gemeinden dringender Anpassungsbedarf. Wir liegen mit unseren Gebühren deutlich unter dem Durchschnitt der umliegenden Gemeinden und bieten darüber hinaus sehr hochwertige Führungen an.

Die Verwaltung schlägt vor, die Entschädigungen gemäß Satzungsentwurf anzupassen.

Der Satzungsentwurf, die bisherigen Gebühren und die Umfrage bei den umliegenden Gemeinden sind in der Anlage beigefügt.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts.

<b>TOP 18.</b>	<b>Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung für die Entwässerungsanlage im Gemeindegebiet Greding</b>
----------------	--

**Sachverhalt:**

Am 19.10.2023 hat der Stadtrat die rechtliche Zusammenlegung der Abwasseranlagen in der Großgemeinde Greding ab 01.01.2025 beschlossen.

Aufgrund dieser Zusammenlegung wurde eine neue Globalkalkulation durch das Büro Schneider & Zajontz erstellt.

Durch die Globalkalkulation wurde ein Beitrag in Höhe von 1,88 Euro je m<sup>2</sup> Grundstücksfläche und 19,03 Euro je m<sup>2</sup> Geschossfläche errechnet. Bisher lag der Beitrag bei 1,68 Euro je m<sup>2</sup> Grundstücksfläche und 14.29 Euro je m<sup>2</sup> Geschossfläche.

Dies ist in der Beitrags- und Gebührensatzung entsprechend zu berücksichtigen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 19:0**

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung für die Entwässerungsanlage im Gemeindegebiet Greding. Die Beiträge werden auf 1,88 Euro je m<sup>2</sup> Grundstücksfläche und 19,03 Euro je m<sup>2</sup> Geschossfläche festgesetzt.

<b>TOP 19.</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion zur Live-Übertragung von öffentlichen Gemeinderatssitzungen</b>
----------------	--

**Sachverhalt:**

In der Stadtratssitzung am 14.11.2024 beantragte die SPD-Fraktion eine Prüfung durch die Verwaltung, ob die Stadtratsitzungen live im Internet übertragen werden könnten.

Grundsätzlich ist eine Live-Übertragung möglich. Die Kosten für Technik, Einrichtung und Schulung belaufen sich gemäß einer Kostenschätzung durch die Fa. CTK, Greding auf ca. 8.000 Euro. Hinzu kommen die laufenden Kosten, da hierfür mindestens eine zusätzliche Person für jede Sitzung erforderlich ist. Dies ist durch eigenes Personal nicht zu bewältigen. Andere Gemeinden gehen davon aus, dass ein professionelles Kamerateam erforderlich ist.

Die Übertragung müsste darüber hinaus zeitversetzt erfolgen, um jederzeit die Möglichkeit des „Abschaltens“ zu haben.

Darüber hinaus bestehen erhebliche datenschutzrechtliche Vorgaben und Bedenken. Ein ausführliches Infoblatt zum Datenschutz nach dem Bayerischen Landesamt für Datenschutz haben wir in der Anlage beigelegt.

Aus Sicht der Verwaltung erscheint eine Live-Übertragung zwar durchaus interessant und stellt eine bürgernahe Lösung dar. In Abwägung der Kosten und des Aufwandes – gerade aus datenschutzrechtlichen Gründen – würde die Verwaltung von einer Live-Übertragung absehen. Die Risiken und datenschutzrechtlichen Auflagen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Jedes Mitglied und alle Mitarbeiter der Verwaltung hätten jederzeit ein Recht, nicht in Bild und Ton zu erscheinen. Auch das Innenministerium empfiehlt eine Live-Übertragung nicht.

Eine Umfrage bei den umliegenden Gemeinden (Altmühl-Jura und ILE Jura-Rothsee) hat ergeben, dass keine Gemeinde eine Live-Übertragung durchführt und dies zum Großteil aufgrund der vorgetragenen Bedenken auch vehement ablehnt.

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadtrat Herrler bekräftigte den Antrag der SPD-Fraktion und sah in der Live-Übertragung eine zukunftsfähige und bürgerfreundliche Maßnahme.

#### **Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis: 13:6**

Der Stadtrat lehnt eine Live-Übertragung der öffentlichen Stadtratssitzungen aufgrund der Kosten und der datenschutzrechtlichen Vorgaben ab.

<b>TOP 20.</b>	<b>Antrag der Freie-Wähler-Fraktion: Überprüfung der Durchführung eines "Tages der offenen Türme"</b>
----------------	---

#### **Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 01.12.2024 hat die FW-Stadtratsfraktion einen Antrag zur Überprüfung der Durchführung eines „Tages der offenen Türme“ gestellt.

Die Verwaltung hat diese Idee unverzüglich aufgegriffen und wird zum Tag des offenen Denkmals am 14.09.2025 auch einen Tag der offenen Türme durchführen.

Inzwischen wurden die Pächter angeschrieben und um Rückmeldung gebeten, ob sie ihren Turm zu diesem Anlass öffnen.

Die Rückmeldung war insgesamt sehr positiv.

Die genauen Zahlen werden in der Sitzung bekannt gegeben.

#### **Diskussionsverlauf:**

Stadträtin Nuber freute sich, dass die Verwaltung den Antrag der FW-Fraktion aufgegriffen hat und dieser Tag der offenen Türme bereits 2025 durchgeführt werde.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis.

<b>TOP 21.</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>
----------------	----------------------------------

**Sachverhalt:**

Stadträtin Holzmann sprach folgende Themen an:

Am 4.5.2025 tritt im Gredoniaheim der Seemannschor Thalmässing auf. Hierzu ergeht auch herzliche Einladung an den Stadtrat.

Die ausführende Firma für den Glasfaserausbau in Greding werde sehr gelobt.

Die festeingebaute Bestuhlung an der Wassertretanlage „Am Brunnhäusl“ müsste dringend gereinigt werden.

Der Apothekennotdienst werde nicht mehr in „Greding aktuell“ veröffentlicht. Dies sei für die ältere Bevölkerung sehr schade und sollte unbedingt wieder geändert werden.

Stadträtin Schneider erwiderte, dass der Notdienst inzwischen KI-gesteuert sei und eine längerfristige Planung nicht mehr möglich wäre.

Stadtrat Schmauser lobte den Vogelverein Euerwang, der ehrenamtlich die aufgestellten Bänke im Bereich Euerwang, Linden und Heimbach pflege.

Greding, 09.05.2025

Vorsitzender:

Schriftführer:

Josef Dintner  
Erster Bürgermeister

Michael Pfeiffer